

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Landeshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeleiter des Bezirks. **Städteblatt im Bezirk.** - - - Erschien seit 1846.



Anzeigeblatt

für Bischofswerda, Reußland, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. — — Wöchentliche Beilage: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - - - Fernsprecher Nr. 22.

Veröffentlichung: Bischofswerda, Mittwoch 15. August, und weitere Abende bis den folgenden Tag. Der Verleger ist verantwortlich für die wöchentlichen Beilagen bei Abholung. Bei Veröffentlichung nachmittags Uhr. 22.00, bei Auslieferung ins Haus — — — Uhr. 22.00; zum Zeitpunkt bezogenen Zeitung Uhr. 6.00 ohne Aufstellungsgebühr.

Veröffentlichung: Mittwoch Nr. 21.542. — Gemeindeverordnetenblatt für Bischofswerda und seine Nachbargemeinden. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Notwendigkeit — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Abgabepreises.

Abgabepreis: Die gespaltene Grundseite Uhr. 20.00, aber bereits Samstag 7.00 Uhr, doppelseitige Beilagen 50 Pf. Jede Seite Uhr. 15.00 Uhr 100 Pf. die gespaltene Seite. Bei Abholungen möglich nach liefernden Geschäften. — — — — — Am Ende einer Seite 100 Pf. — Mit bestimmt Tage oder Uhr wird keine Gewähr gegeben. — — — — — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 87.

Freitag, den 16. April 1920.

74. Jahrgang.

Japanische Offensive gegen Sowjetrußland.

Amsterdam, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie die Niller berichten, meldet Kaiser Service aus Tokio: Die japanischen Truppen haben in Sibirien einen vollständigen Sieg davongetragen. Nitto und Chabarowsk sind erobert, die königlichen Truppen geschlagen. Die Japaner im Gebiete von Wladiwostok befinden sich ähnlich in den Händen der Japaner. Diese haben erklärt, daß sie an eine bauernde Beziehung nicht denken, sondern nur die Ordnung wiederherstellen und die Bolschewisten vernichten wollen. Nach am Ostrand des Baikalsees wurden die Bolschewisten von den Japanern geschlagen. Drei neue Divisionen sind zur Unterstützung der in Sibirien kämpfenden Truppen nach der Bahn abgegangen.

Schon vor einigen Tagen meldete die Pariser Ausgabe des "Chicago Tribune", Japan habe an Sowjetrußland den Sieg erklärt. Diese Meldung, die vorerst nicht für ernst gehalten wurde, findet nunmehr ihre Bestätigung in den oben aufgezählten Tatsachen. Es scheint sich um einen großen Sieg der Japaner zu handeln, was daraus geschlossen werden kann, daß zu gleicher Zeit Erfolge aus der Provinz Amur und aus dem 2000 Kilometer entfernten Baikalsee gemeldet werden.

Das Vorgehen der Japaner kann unter Umständen von bedeutsamen Folgen begleitet sein. Zunächst wird man abwarten müssen, wie sich die Dinge auf dem neuen Kriegsschauplatz weiter entwickeln, bis man ein Bild über die wahren Absichten der Japaner erhält. Von Interesse ist auch, wie sich die Bundesgenossen Japans zu dem Vorstoß stellen werden.

Nationalversammlung.

Zuschlag der Befreiung der Erklärung der Regierung und erste Beratung des Notebooks.

Abg. Bräck (Deutsche Up.): führte am Schluß der Dienstagsitzung aus: Unfehlbar hat der Justizminister durch die Art seiner Darlegungen jedes Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien in Zukunft unmöglich machen wollen. Parlamentarisch stand die Rde Blum auf dem tiefssten Punkt von der Regierung erzielten Niveau. (Zustimmung rechts.)

Es ist eine Übertreibung des Reichskanzlers, daß der Befehl der Bewegung im Kabinett entfallen hat. Die Ausführung des Generalstreiks war eine törichte Ungehorsamtheit. (Große Unruhe links. Lärmende Zustimmung rechts.) Der demokratischen Partei gebührt der traurige Ruf, als erste bürgerliche Partei zum Generalstreik aufgerufen zu haben. Redner schlägt dann die Zustände im Ruhrrevier und fordert die Regierung auf, dieses Herz Deutschlands nicht im Stich zu lassen.

Am Mittwoch kam zunächst zum Worte der Abg. Bräck (Unabh.): Der deutsche Militarismus ist nicht niedergemacht und wird weiter. Wenn ein Schuh für die Ruhrbergwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Besiegung seitens der Entente verhindern durch die Reichswehr vorauszusehen, denn es handelt sich um eine Sache der europäischen Arbeiterschaft. (Phrasen.) General Watters Haltung war durchaus unklar. Das sagte auch Seewering. Die Bollugsräte stellten sich auf den Boden des Vielesfelder Abkommen und wollten es halten. Beider Übertragung man die Ausführungsbestimmungen dem General v. Waller. Es war vorauszusehen, daß sie als unausführbar ausfallen müssten. Die Arbeiter konnten gar nicht darauf eingehen. Die Regierung scheint das ja auch eingeschlagen zu haben. Diese Verfassung liegt in den letzten Tagen. Die Nachrichten von einer roten Armee südlich der Ruhr sind erlogen. Wir befinden uns in der Neuorganisation des Stapp-Wirtschafts. Die Regierung muß sich mehr auf die organisierte Arbeiterschaft stützen und die acht Punkte befolgen.

Reichsjustizminister Blum antwortet in scharfer Weise und verbaut sich eine solche "gemeine Kampfweise". Aus der Erklärung der Partei eine glatte Absehung herauszuleben, dazu gehört die ganze Kunst eines Juristenprofessors.

Danach erhält auch der Abg. Bräck noch einmal das Wort. Er will dem französischen Journalisten und der internationalen Kommission nichts gesagt haben, was nicht auch die Regierung gewußt habe, insbesondere nichts von den ehemals besetzten Truppen, sondern nur wegen der Aufnahme der Flüchtlinge der Roten Armee verhandelt haben. Die Sache wird wohl dadurch gelöst werden, daß, wie der Reichsjustizminister mitteilte, gegen Bräck ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet werden wird.

Der weitere Verlauf der Aussprache, die bis in die nächste Abendstunde dauerte, war ein stürmisches. Der Präsident mußte mehrmals dem Abgeordneten Rahl wie auch dem Reichsjustizminister ins Wort fallen und immer wieder zur Ruhe und Würde mahnen.

Der Rotat geht an den Hauptausschuß mit einem Antrag der Unabhängigen auf Ernennung des 1. Mai zum Feiertag.

Donnerstag 1 Uhr: Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Schaumweinsteuer, Kinofazur.

Zur Umgestaltung des Wahlgesetzes.

Die Verfassungskommission der Nationalversammlung hat sich bei der Beratung des Wahlgesetzes über folgende Grundfälle geeinigt:

1. Es soll auf 60000 abgegebene Stimmen ein Mandat entfallen.

2. Es soll für die bevorstehende Reichstagswahl von einer grundsätzlichen Neueinteilung der Wahlkreise abgesehen und nur bei einigen besonders großen Wahlkreisen eine Änderung eintreten, so z. B. bei dem Wahlkreis Hamburg-Stade-Bremen.

3. Die Resultate sollen erst auf Nachbarschaftskreise übertragen werden, der dann verbleibende Rest soll auf die Reichskarte übertragen werden. Es sollen bei der Reichskarte und auch bei den Verbundskreisen Beschränkung gegenüber den kleinen Gruppen vorgenommen werden.

4. Man war ferner darüber einig, daß das Wahlrecht der Auslandsdeutschen sich jedenfalls für die bevorstehende Wahl nicht mehr durchführen läßt.

Weiter herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß das zurzeit geltende Wahlrecht an erheblichen Mängeln leidet, doch er die Fehleistung dieser Mängel bei der Verstärkung der Wahlen unmöglich ist, nicht nur weil die verwaltungsdienlichen Vorbereitungen, sondern namentlich auch die parteiorganisatorischen sich nicht mehr rechtzeitig durchführen lassen.

Das Rätselraten um den Wahltermin.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Der soz. Korrespondenz aufgezeigt werden die Wahlen voraussichtlich am 13. Juni stattfinden.

Die Gefahr eines neuen Handstreiches.

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Der "Vorwärts" beschäftigt sich weiter mit der Russischen Revolution. Der Bezirksvorstand Großberlin der sozialdemokratischen Partei fordert die Genossen auf, der Republik im Kampfe gegen ihren inneren Feind gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand beizustehen.

Die Korrespondenz der deutsch-nationalen Volkspartei spricht die Erwartung aus, daß ihre Parteifreunde im Lande Umsturzplänen mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Polnische Bedrohung Oberschlesiens.

Breslau, 14. April. Die "Schlesische Zeitung" berichtet, daß die polnische Regierung dem Obersten Rat mitgeteilt habe, sie beabsichtige demnächst gegen Deutschland mit Belagerungsmaßnahmen vorzugehen, falls es die Verpflichtungen Polens gegenüber nicht erfülle. In Berlin wird hierzu bestätigt, daß die aus Oberschlesien einfließenden Nachrichten tatsächlich einem immer ernsteren Charakter annehmen und daß ein polnischer Befehl in Vorbereitung zu sein scheint. Die Reichsregierung sieht ebenfalls die Lage als sehr ernst auf und hat Vorsichtsmaßnahmen bereits ergriffen.

Der Riß der deutschen Handelslotte

Berlin, 14. April. (W. L. D.) Die deutsche Schiffahrt-delegation hat auf Grund des am 6. März 1920 vorgelegten Memorandums, in dem darauf hingewiesen wurde, daß Deutschland, um seine sozialen, ökonomischen und finanziellen Organisationen aufrecht zu erhalten, nicht gewungen werden sollte, die Übertragung seiner gesamten Schiffe durchzuführen, zu der es durch den Besitzer Vertrag gezwungen ist, die Teilnahme erhalten, daß nach Beendigung aller Güterlieferungen die Reparationskommission zu dem Beschluss gelangt ist, daß nicht genügender Grund vorgebracht ist, um eine Änderung der Bedingungen der Anlage III in der von der